

INFORMATION

zur Pressekonferenz mit

Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer

**Landeshauptmann-Stellvertreter
Dr. Manfred Haimbuchner**

**Landeshauptmann-Stellvertreter
Dr. Michael Strugl**

17. Jänner 2018

zum Thema

**„Landeshaushalt: Finanzpolitische
Mehrjahresplanung bis 2022“**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

Kurzfassung:

Der oberösterreichische Weg: Chancen statt Schulden

Während sich andere Bundesländer heuer zum Teil mit mehreren hundert Millionen Euro erneut verschulden werden, hat Oberösterreich mit dem Landeshaushalt 2018 einen neuen Weg eingeschlagen:

- erstmals seit 2010 werden keine neuen Schulden gemacht.
- erstmals nach 15 Jahren werden wieder Schulden abgebaut - konkret 67,5 Millionen Euro.

Die Grundlage dafür wurde mit der oberösterreichischen Schuldenbremse gelegt, die Oberösterreich als einziges Bundesland eingeführt hat und die einen einfachen und klaren Grundsatz vorgibt: nicht mehr ausgeben als man einnimmt.

Diese neue Haushaltspolitik ermöglicht dort zu investieren, wo heute Zukunft entschieden wird und wo Menschen Unterstützung durch die öffentliche Hand benötigen. So investiert das Land Oberösterreich im Jahr 2018 um rund 50 Millionen Euro mehr in Schwerpunkte, als es noch 2017 waren.

Der **neue finanzpolitische Weg** wird auch in den nächsten Jahren **weitergegangen** und zeigt sich bereits in der **Mehrjahresplanung** des Landes Oberösterreich **bis zum Jahr 2022**.

- ⇒ In den **kommenden vier Jahren** werden Überschüsse im gesamten oberösterreichischen Haushalt erwartet – **in Summe rund 278 Millionen Euro**.
- ⇒ Die **freie Finanzspitze** wird voraussichtlich von derzeit 7,87 % bis zum Jahr **2022 auf 9,85 % steigen**.

„Das Landeshaushalt 2018 war kein ‚Ausreißer‘ im positiven Sinne, sondern die Grundlage für eine nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik. Wir können die Früchte durch Haushaltsüberschüsse in den nächsten Jahren ernten. Damit schaffen wir finanzielle Spielräume für die Zukunft und legen einen finanziellen Polster für wirtschaftlich nicht so gute Zeiten an“, bekräftigt **Landeshauptmann** Mag. Thomas **Stelzer** den neuen Weg in Oberösterreich.

„Der im Landeshaushalt 2018 eingeschlagene richtige Weg der Konsolidierung erfährt in der Mehrjahresplanung bis 2022 seine Fortsetzung. Die langfristige Stabilität des Haushaltes muss Richtschnur und Gradmesser sein, an der sich letztlich alle politischen Maßnahmen zu orientieren haben. Berechenbarkeit und Planbarkeit sind Grundvoraussetzung für jedes Handeln, will man den Standort und damit den Wohlstand sichern. Der Mehrjahresplan, ist daher vom gemeinsamen Willen getragen, diese Berechenbarkeit zu garantieren und das Land zu einem verlässlichen Partner sowohl für die Leistungsträger als auch die Leistungsempfänger in unserer Heimat zu machen“, zeigt sich **Landeshauptmann-Stv.** Dr. Manfred **Haimbuchner** zuversichtlich.

„Die in der finanzpolitischen Mehrjahresplanung bis 2022 festgeschriebene Fortsetzung der Konsolidierung des öö. Landesbudgets ist auch wichtig für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich. Wir nützen die gute Konjunkturentwicklung für Maßnahmen zur Schaffung des erforderlichen finanziellen Spielraums für zentrale Zukunftsinvestitionen für den Standort. Budgetäre Schwerpunktsetzungen in den Bereichen Wissenschaft & Forschung sowie Ausbau der Breitbandinfrastruktur sind daher auch in der Mehrjahresplanung berücksichtigt und werden so zur weiteren Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Oberösterreich beitragen“, unterstreicht **Landeshauptmann-Stv.** Dr. Michael **Strugl**.

Wirtschaftliche Ausgangssituation für die mehrjährige Finanzplanung:

- ⇒ Die Kernaussage der **mittelfristigen Konjunktur-Prognose des WIFO** vom Oktober 2017 lautet: „*Mittelfristig gute Wachstumsaussichten für Österreichs Wirtschaft*“.
- ⇒ Konkret hält das WIFO fest, dass sich die österreichische Wirtschaft seit der zweiten Jahreshälfte 2016 in einem **Konjunkturaufschwung** befindet. Für die Jahr 2017 und 2018 prognostiziert das WIFO ein **Plus für Österreich** in der Höhe von **2,8 Prozent**.
- ⇒ Das **Lohneinkommen pro Kopf** wird mit einem **Zuwachs von 2,5 Prozent** angenommen. Für die kommenden fünf Jahre wird außerdem mit einer **Inflationsrate von durchschnittlich knapp 2 Prozent** gerechnet.

Im Detail geht die WIFO-Prognose von folgende Eckdaten aus:

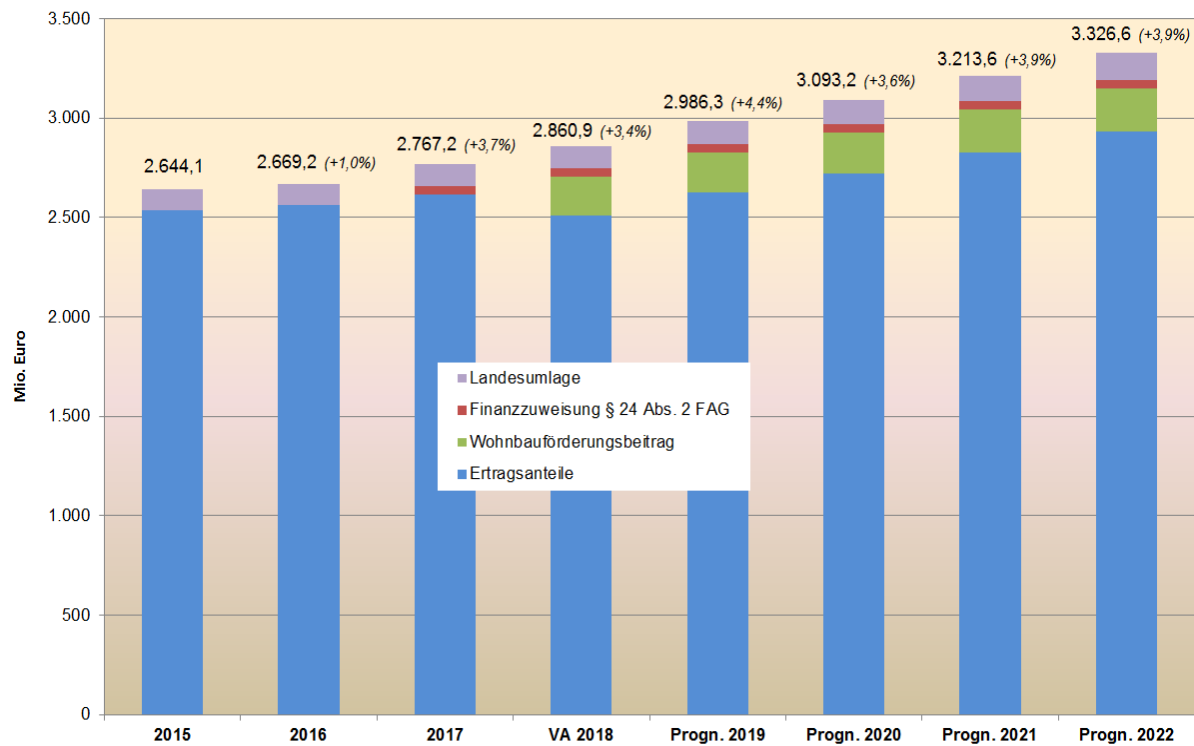
	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Bruttoinlandsprodukt	Veränderungen gegen das Vorjahr in %					
Real	+2,8	+2,8	+2,2	+1,8	+1,6	+1,5
Nominell	+4,8	+4,8	+4,2	+3,9	+3,7	+3,6
Verbraucherpreise (VPI)	+1,9	+1,8	+1,9	+1,9	+2,0	+2,0

WIFO-Mittelfristprognose 24. Oktober 2017

Grafik: Land OÖ

- ⇒ Für die Planung der Ertragsanteile steht eine Prognose des Bundesministeriums für Finanzen vom Juli 2017 zur Verfügung, die auch eine mittelfristige Prognose bis einschließlich 2021 enthält.
 - Allfällige Mindereinnahmen aus steuerlichen Maßnahmen des Bundes sind mangels aktueller Schätzungen seitens des Finanzministeriums nicht berücksichtigt.

FAG - Einnahmenentwicklung und - Prognose



Grafik: Land OÖ

Die finanzpolitische Mehrjahresplanung bis zum Jahr 2022

Nach den Bestimmungen des österreichischen Stabilitätspaktes 2012 haben die Gebietskörperschaften einen authentischen und mittelfristigen Haushaltsrahmen entsprechend der unionsrechtlichen Vorgaben zu erarbeiten. Für Oberösterreich ergibt die finanzpolitische Mehrjahresplanung **in den kommenden vier Jahren einen Überschuss im gesamten Haushalt.**

Haushaltsergebnisse nach den Bestimmungen der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (in Millionen Euro):

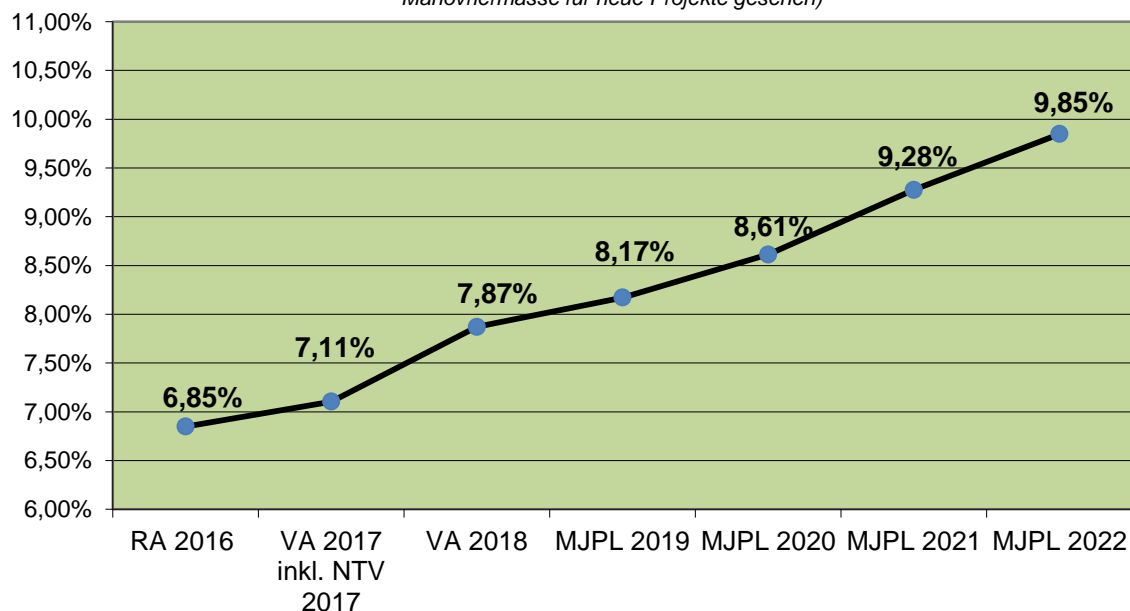
	2018	2019	2020	2021	2022
Einnahmen	5.682,4	5.693,5	5.859,8	6.051,7	6.235,0
Ausgaben (inkl. Schuldentilgungen)	5.682,4	5.680,6	5.816,6	5.961,8	6.102,6
Haushaltsüberschuss	0,0	12,9	43,2	89,9	132,4

Freie Finanzspitze:

Freie Finanzspitze	VA 2018	MJPL 2019	MJPL 2020	MJPL 2021	MJPL 2022
	7,87 %	8,17 %	8,61 %	9,28 %	9,85 %

Freie Finanzspitze

(Saldo der laufenden Gebarung zu den laufenden Einnahmen und wird gemeinhin als Manövriermasse für neue Projekte gesehen)



Grafik: Land OÖ

Der **Schuldenstand nach Maastricht** wird sich auf Basis dieser Mehrjahresplanung für Oberösterreich und seine außerbudgetären Einheiten von 2018 bis 2022 voraussichtlich von rd. 2.010,0 Millionen Euro im Jahr 2018 auf rund 1.970 Millionen Euro im Jahr 2022 reduzieren. Das Schuldenstandkriterium nach dem österreichischen Stabilitätspakt wird damit jedenfalls erfüllt.

Die Startbilanz, die von Univ.-Prof. Dr. Cocca und Dipl.-Math. Baaske erarbeitet wurde, hat als neue **Steuerungsgröße für die „Gesamtschulden“** des Landes Oberösterreich eine Kombination aus Finanzschulden laut Rechnungsabschluss des Landes sowie den „Maastricht-Schulden“, also den Schulden nach ÖStP 2012, festgelegt. Demnach beträgt der für 2018 prognostizierte Gesamtschuldenstand 3,182 Milliarden Euro. Mit dieser Mehrjahresplanung werden die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, diese Steuerungsgröße in den zukünftigen Jahren nicht zu überschreiten, vielmehr wird eine kontinuierliche Reduzierung angestrebt.

So sind auf Basis der finanzpolitischen Mehrjahresplanung folgende Schuldentilgungen in den nächsten Jahren vorgesehen:

- **2019:** 68,3 Millionen Euro
- **2020:** 69 Millionen Euro
- **2021:** 69 Millionen Euro
- **2022:** 59 Millionen Euro

Haftungsobergrenzen

	VA 2018	MJPL 19	MJPL 20	MJPL 21	MJPL 22
Haftungsobergrenze	4.710,4	4.877,4	4.973,6	5.193,3	5.380,9
Bankenhaftungen 1)	235,0	204,1	193,6	193,6	181,2
Wohnbau-Darlehen 1)	3.137,4	3.137,4	3.137,4	3.137,4	3.137,4
Sonstige Haftungen 1)	747,5	751,9	754,3	750,8	747,3
1) Schätzwerte					

Grafik: Land OÖ

Besondere Planungsaspekte:

- ⇒ Die Schwerpunktsetzungen des Landeshaushaltes 2018 (zB Gesundheit, Forschung & Wissenschaft und Breitbandausbau) wurden auch in der Mehrjahresplanung berücksichtigt und für die Folgejahre in gleicher Höhe fortgeschrieben.
- ⇒ Für den Bereich Soziales wurden die Ausgaben und Einnahmen ausgehend vom Voranschlag 2018 eine Steigerung von 3 Prozent zuzüglich der notwendigen Mittel für die Umsetzung der 400 dringendsten Wohnplätze für Menschen mit Beeinträchtigung angesetzt.
- ⇒ Die Amtssachausgaben wurden mit einer Steigerung von einem Prozent angesetzt.